



Liebe Freundinnen und Freunde,

ich möchte Euch heute wieder von der Landtagssitzung und von meiner Ausschussarbeit berichten.

31., 32. und 33. Landtagssitzung

Aktuelle Stunde

Während im Bundestag die Bundeskanzlerin gewählt wurde, debattierte der Landtag in seiner Aktuellen Stunde über die Auswirkungen der neuen Bundesregierung auf das Land.

Manuela Schwesig sagte in ihrer Rede, dass das Ziel der Landesregierung darin besteht, in den kommenden Jahren bei Wirtschaft und Arbeit, bei guter Bildung von der Kita über die Schulen und Hochschulen bis zur beruflichen Bildung und bei der Frage des sozialen Zusammenhalts voranzukommen. Mit dem Koalitionsvertrag bekommt M-V bei all diesen Vorhaben Rückenwind von der Bundesebene.

Besonders wichtig ist die vorgesehene Unterstützung des Bundes bei der Abschaffung der Elternbeiträge für die Kitas. Der Bund wird 3,5 Milliarden Euro für die Kitas zur Verfügung stellen.

Für M-V werden das rund 70 Millionen Euro zusätzlich sein. Damit ist der Weg für beitragsfreie Kitas frei. Das ist nicht allein aus Bundesmitteln möglich, das Land wird ebenfalls Mittel drauflegen. Die Landesregierung wird dazu einen Zeitplan vorlegen.

Darüber hinaus enthält der Koalitionsvertrag weitere Verbesserungen im Bildungsbereich mit Investitionen in Ganztagschulen und einer besseren Ausstattung von Schulen mit Computern und digitaler Technik. Im Bereich Wirtschaft und Arbeit gibt es wichtige Verbesserungen beim weiteren Ausbau des schnellen Internets und mit dem geplanten sozialen Arbeitsmarkt.

Beim Thema Rente sind aus ostdeutscher Sicht zwei Punkte besonders wichtig. Die Schaffung der Grundrente: Wer 35 Beitragsjahre aufweisen kann, bekommt eine Alterssicherung mindestens 10 % oberhalb der Grundsicherung und es soll einen Härtefallfonds für diejenigen Gruppen geben, die bei der Umstellung des ostdeutschen Rentensystems besonders benachteiligt wurden.

Anträge

Keine Änderungen an der Altersgrenze für Verbeamtungen

Anlässlich der Debatte um eine Änderung des Beamtengesetzes, die von den LINKEN gefordert wurde, erklärte ich, dass mit dem Gesetzentwurf von SPD und CDU aus dem Jahr 2015 die Regel-Höchstaltersgrenze für den Eintritt in ein Beamtenverhältnis auf Probe von 40 Jahren festgelegt ist. Unsere Position hat sich in den gut zweieinhalb Jahren seither nicht verändert.

Im Gesetzentwurf gab es eine sehr dezidierte Begründung zur Ausgewogenheit des Verhältnisses von aktiver Dienstzeit und der Zeit der Versorgungsbezüge. Die Rückkehr zum 45. Lebensjahr ist beamtenrechtlich zwar möglich, ist aber aus guten Gründen nicht von uns gewollt. M-V hat damit eine vernünftige und weitsichtige Entscheidung getroffen, weil Versorgungsbezüge aus dem laufenden Haushalt zu bezahlen sind, sprich von den Steuerzahlern aufzubringen sind. Wir wollen ein ausgewogenes Verhältnis von aktiver Dienstzeit und der Zeit der Versorgungsbezüge. Die ist mit der Höchstaltersgrenze von 40 Jahren optimal. Im Beamtengesetz ist geregelt, dass das Ruhegehalt mindestens 35 % und höchstens 71,75 % der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge beträgt. Dies entspricht den Regelungen im Bund und in anderen Ländern. Ein Beamter hat folglich nach 40 Dienstjahren den Höchstversorgungssatz erreicht. Bei einer Anhebung der Höchstaltersgrenze für Verbeamtungen sind diese Dienstjahre für Quereinsteiger nicht mehr zu schaffen.

Der Landtag hat eine Überweisung in die Ausschüsse abgelehnt.

Duale Ausbildung mit Abitur steigern

Die SPD-Landtagsfraktion fordert einen neuen Anlauf zur dualen Berufsausbildung mit Abitur.

Mit dieser Ausbildung wollen wir jungen Menschen einen Anreiz bieten, ihre Zukunft in unserem Bundesland zu gestalten und dem Fachkräftemangel entgegenzutreten, erklärte Andreas Butzki dazu. Mit Kammern und Verbänden muss erörtert werden, unter welchen Umständen die Wirtschaft doppelqualifizierende Bildungsgänge mit Berufsabschluss und Abitur anbieten will und welche Ausbildungsbereiche sich dafür am besten eignen. Für die zukünftigen Absolventen gibt es große Vorteile: Sie erhalten ohne Abstriche zwei vollwertige Abschlüsse und erhalten sich zusätzlich alle Optionen für den späteren persönlichen Werdegang. Eine solche Ausbildung ist aber auch sehr fordernd. Dass andere Bundesländer diesen Weg aber bereits beschreiten zeigt, dass die neue Ausbildung ein Weg sein kann, um vor allem Fachinformatiker, IT-Systemelektroniker oder ähnliche technische Berufe für junge Menschen interessant zu machen. Das ist nötig, um unserer Wirtschaft die nötigen Fachkräfte zur Verfügung zu stellen für die digitalen Herausforderungen der Zukunft.

Die Koalitionsfraktionen konnten sich mit dem Antrag durchsetzen.

Erzieherausbildung ist ein Erfolg

Während der Landtagsdebatte zum Antrag der LINKEN „Fachkräftemangel von Erzieherinnen und Erziehern entgegenwirken“ erklärt Nadine Julitz, dass neue Auszubildende für die wichtige Arbeit in den Kitas gewonnen werden konnten. Gerade Menschen, die sich vorher die Ausbildung finanziell nicht leisten konnten, bekommen jetzt endlich Geld dafür. Deswegen war es richtig, diese neue Ausbildung im vergangenen Jahr einzuführen. Damit wird dem Fachkräftemangel in den Kitas wirkungsvoll begegnet. Immer mehr Kitaplätze werden gebraucht. Gleichzeitig geht ein Großteil der heute noch tätigen Erzieherinnen und Erzieher in den nächsten Jahren in Rente. Deswegen ist die neue Ausbildung richtig und kommt gut bei den Auszubildenden an. Das schlechtzureden und abzulehnen – wie die Linksfraktion das macht – wird der Sache nicht gerecht.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Ergänzungen zum öffentlichen Nahverkehr entwickeln und vernetzen

Die SPD Landtagsfraktion regte an, Mobilitätsalternativen in ländlichen Räumen zu schaffen.

Es geht darum, den öffentlichen Nahverkehr zu ergänzen, nicht darum ihn einzuschränken oder gar abzuschaffen. Aber dort wo es außer Schülerverkehren kaum regelmäßige öffentliche Mobilitätsangebote gibt, könnten private Transportkapazitäten in Form nachbarschaftlicher Hilfe im Nahbereich eine Lösung sein. Auch Dienstfahrzeuge, zum Beispiel von Pflegediensten, könnten in ein solches System integriert und internetgestützt vernetzt werden. Um das sinnvoll zu tun, muss geklärt werden, wo es solche Angebote bereits gibt, welche Probleme – zum Beispiel beim Versicherungsschutz - geklärt werden müssen. Dort wo es solche Angebote nicht gibt, muss geprüft werden, wie man Menschen motiviert, sie vielleicht doch anzubieten. Wir erwarten dazu in einem Jahr einen Bericht der Landesregierung, von dem wir dann weitere Schritte ableiten werden, erklärte Jochen Schulte dazu.

Dem Antrag von SPD und CDU wurde zugestimmt.

Neue Grundsteuer auf Windkraftanlagen

SPD und CDU wollen mit ihrem Antrag zur Einführung einer neuen Grundsteuer auf Windkraft-, Solar- und Biogasanlagen, dass Kommunen endlich finanziell profitieren.

M-V soll über die Wirtschaftsministerkonferenz dafür sorgen, dass eine solche Grundsteuer bundesweit eingeführt wird. Eine Gewerbesteuer fällt zurzeit oft gar nicht oder erst viele Jahre später an. Mit einer neuen Grundsteuer würden gleich nach dem Bau Einnahmen fließen und somit würde sich die Akzeptanz neuer Anlagen erneuerbarer Energien vor Ort erhöhen.

Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Kein Nachtragshaushalt

Die Einbringung eines Nachtragshaushaltes, wie ihn die LINKE forderte, ist nach Meinung des Finanzministers nicht notwendig. Im Haushaltsgesetz ist festgeschrieben, dass Überschüsse vorrangig zur Schuldentilgung eingesetzt werden müssen. SPD und CDU entschieden, dass der Überschuss von 600 Mio. € aus 2017 für Schuldentilgung, Rücklagen, jeweils 15 Millionen für Kita und Polizei sowie 63 Millionen für Projekte des Strategiefonds verwendet werden.

Disput um Frauenquote im Parlament

Zum Antrag der LINKEN, Parlamente nach Geschlechterquoten paritätisch zu besetzen, gab es eine hitzige Debatte vor allem zwischen AfD und LINKE. Die AfD-Fraktion, die keine Frau in ihren Reihen hat, übertraf sich wieder einmal selbst mit frauenfeindlichen Sprüchen.

Am Ende wurde der Antrag abgelehnt, da es schier unmöglich ist, bis Oktober eine gesetzliche Regelung vorzulegen und mit nur 25 Prozent Frauenanteil im jetzigen Parlament schwer umsetzbar ist.

Meine Ausschussarbeit

Finanzausschuss

Der Finanzausschuss hat einen Informationsbesuch in Rostock durchgeführt und dabei die Universitätsmedizin, das Leibnitz-Institut für Ostseeforschung und das Finanzamt besucht. Der Finanzausschuss setzt damit seine Informationsbesuche fort, in denen er verschiedenste Einrichtungen und Institutionen, die mittelbar oder unmittelbar nicht unerhebliche Mittel aus dem Landeshaushalt für den Betrieb selbst oder für Baumaßnahmen erhalten, besichtigt, um sich vor Ort einen Eindruck von der Mittelverwendung und möglichen künftigen Anstrengungen und Herausforderungen machen zu können.

Weiter hat der Finanzausschuss seinen Informationsaustausch mit MV Werften fortgesetzt und ein Expertengespräch mit Vertretern der MV Werften durchgeführt, um sich zur aktuellen Situation auf den Werftstandorten im Land berichten zu lassen.

Der Finanzausschuss und die Geschäftsführung von MV WERFTEN hatten sich bei dem letzten Besuch auf der Werft im Oktober 2017 darüber verständigt, sich regelmäßig zu treffen.

Die Vertreter der Werft gaben einen umfassenden Überblick über die in der Umsetzung befindlichen Investitionen eines über 200 Mio. Euro großen Programms. Für eines von vielen Projekten, die neue Schiffbauhalle in Rostock (allein über 80 Mio. EUR Investitionsvolumen,) ist im März bereits Richtfest. Weitere Themen waren die wachsende Personalstärke des Unternehmens und die bereits erzielte regionale Wertschöpfung.

Bildungsausschuss

Der Bildungsausschuss hat über einen Gesetzentwurf zur Anpassung datenschutzrechtlicher Vorschriften im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur beraten. Außerdem soll die gemeinsame Sitzung mit dem Sozialausschuss zum Thema Gebärdensprache am Landesförderzentrum Hören ausgewertet werden. Auf der Tagesordnung stehen ferner Beratungen zur geplanten Informationsfahrt sowie zur Arbeitsplanung des Ausschusses im Jahr 2018.

Ausschuss der Regionen

Am 9. März 2018 nahm ich an der 18. Sitzung der Fachkommission für "Natürliche Ressourcen" (NAT) des Ausschusses der Regionen teil. Landespolitisch relevante Themen, die dort vertieft wurden, waren die Halbzeitbewertung der EU-Forststrategie, der Europäische Meeres- und Fischereifonds (EMFF) nach 2020, die Aktivierung des EU-Katastrophenschutzverfahrens und eine nachhaltige und gesunde Ernährung in den Regionen der EU sowie der Breitbandausbau und das Europäische Jahr des kulturellen Erbes.

Wir debattierten über den sich verschärfenden Interessengegensatz zwischen der Ausweitung der Waldnutzung zwecks Gewinnung von Biokraftstoff einerseits und damit einhergehenden Umweltauswirkungen andererseits.

Thematisiert wurden beim Thema Breitbandausbau langsame Internetverbindungen in ländlichen Gebieten sowie die Bedeutung des mobilen und Satellitenbreitbands sowie des öffentlichen WLANs.

Zum Abschluss debattierten die AdR-Mitglieder über das für M-V als Tourismusland bedeutsame Europäische Jahr des Kulturerbes sowie über die Tätigkeiten des Verbands europäischer Denkmalschutzorganisationen „Europa Nostra“ im Bereich Tourismus. Das Europäische Jahr des kulturellen Erbes 2018 ist eines der wichtigsten derzeit auf EU-Ebene diskutierten Themen im Tourismusbereich.

Soweit das Neueste von mir aus dem Landtag.

Herzliche Grüße

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'T. Gundlack', with a stylized flourish at the end.

Tilo Gundlack